

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kompresse...

Wartungen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 9. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der ADBB. für das Volksbegehren.

Sitzung des Bundesausschusses. - Keine Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft.

Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Grafmann stattfand...

In der Begründung für die Stellungnahme des Bundesausschusses...

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft...

Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind...

Der Ausschuss gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch...

schiedenste bekämpft werden wird. Der Bundesausschuss präziserte die Stellungnahme...

Der Bundesausschuss billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes...

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu...

Volksbegehren - Volksentscheid.

Selbständiger Kampf der Sozialdemokratie.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben schon wiederholt Versuche unternommen...

Der Parteivorstand hat sodann zum 19. Januar 1926 den Parteiausschuss einberufen...

Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Bundesvorstandes der Gewerkschaften...

Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen...

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten...

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt...

3. Die Plakatherstellung und -verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel...

Damit wurde also bestimmt, daß die Kosten für die Herstellung der Listen...

Darüber hinaus sind keine gemeinschaftlichen Aktionen zwischen beiden Parteien vereinbart...

Der Völkerbundeintritt.

Einstimmiger Beschluß des Reichskabinetts.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinet hat in seiner gestrigen Sitzung...

Die Note wird alsbald nach der Ueberreichung in Genf veröffentlicht werden.

Die Mussolini-Debatte.

Heute Rede des Außenministers im Reichstag.

Bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung verwies Außenminister Dr. Stresemann...

Das Haus hat dem Wunsche der Regierung entsprochen. Heute um 2 Uhr wird der Reichstag die Rede Mussolinis besprechen...

In der Parlamentsitzung vom 6. d. M. hat der italienische Ministerpräsident unter Bezugnahme...

1. Ist der Reichsregierung der amtliche Wortlaut dieser Ausführungen bekannt?

2. Ist die Reichsregierung in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellungnahme...

Die Interpellation der Regierungsparteien wird von Dr. Scholz begründet werden...

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist zu heute normittag zur Vorbereitung der Mussolini-Debatte einberufen worden.

Dank sei Mussolini!

Pathologische Politik.

Wir meinen diesmal nicht Mussolini, sondern nur den Chefredakteur der 'Berliner Börsenzeitung'...

„Dank sei Mussolini!“

„Wenn der frühere englische Ministerpräsident Macdonald recht hat..."

Der Redner und der Danksager - sie sind einander würdig! Dem Wirtschaftsredakteur der 'Börsenzeitung'...

„Es zeigt nicht gerade von Diktatorenmut, wenn man ein äußerlich geknechtetes und innerlich zerrissenes machtloses Volk..."

„Aber was hilft dies Sächgen im Börsenteil, wenn über die ganze erste Seite hinweg seit zu lesen steht: Dank sei Mussolini!"

Der Chefredakteur der 'Berliner Börsenzeitung' hält sich für einen Patriot. Das ist er auch; denn er hat es gestern bewiesen.

Die Mörder der Sowjetkuriere.

Keine politischen Hintergründe.

Riga, 8. Februar. Die Lettische Telegraphenagentur meldet: Die Leichen der beiden Mörder der Sowjetkuriere sind identifiziert worden...

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Fall keine politischen Konsequenzen für die Beziehungen Lettlands zur Sowjetunion haben werde.

Der Todesritt der deutschen Flotte.

Ein englischer Fachmann über deutsche Admiralsmärchen.

Der Admiral v. Trotha ist als Zeuge vor dem Dittmann-Ausschuss seinen felsenfesten Glauben daran kund, daß ein Ausfall der deutschen Flotte Deutschlands Sieg in letzter Stunde heraufgeführt hätte.

Ein englischer Marinesachmann, namens Maurice Brendergast, von 1916 bis 1921 Herausgeber des Flottenhandbuchs „Fighting Ships („Kampfschiffe“) beweist in einer Aufschrift an die „Daily News“ nämlich, daß der deutsche Angriffsplan ein Hereinkommen für die Deutschen selbst gewesen wäre.

Seit dem April 1918 begann die deutsche Marine in der Höhe des Birch of Taz ein großes Minenfeld zu legen. Das erreichte nun gleich das ganz besondere Interesse der Engländer.

Ende Oktober hörte das Minenlegen auf. Offenbar betrachtete die deutsche Marine den Bau der Kolossalmine als beendet.

Der ganze Plan beruhte darauf, daß er geheim blieb. Aber dies Geheimnis war von uns völlig gelüftet worden.

War das Minenfeld aber besetzt, dann war der Angriffsplan der deutschen Seekriegsleitung zerstört.

Man wird mit Spannung die Erwiderung der deutschen Marineleitung auf die sensationellen Feststellungen des Engländers abwarten.

Die Preussische Städteordnung.

Zurückziehung des Entwurfs

Auf der kommunalpolitischen Tagung der Demokraten ist am Sonntag ein Antrag auf Zurückziehung der Preussischen Städteordnung einstimmig angenommen worden.

Die demokratische Landtagsfraktion hat schon vor dem obliegenden Beschluß des Kommunalpolitischen Ausschusses der deutschen Demokratischen Partei zu der Frage der Preussischen Städteordnung Stellung genommen und ist im Hinblick auf dieses Gesetz ebenfalls zu einer Ablehnung gelangt.

Es wird keinen für die Idee der Selbstverwaltung eintretenden Vorkämpfer geben, der der neuen Preussischen Städteordnung in ihrer letzten Fassung eine Kränze nachweihen wird.

Vollständige Inflationsfolge in Frankreich. Das Sinkfahnen hat gestern bei einer Bezirkswahl in Paris-Boulogne eine Niederlage erlitten.

Der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Welczet, ist abberufen und hat sich von Horthy und Genossen bereits verabschiedet.

Von Hamel, bisher Leiter der Rechtsabteilung des Völkerversandtes, wird bereits in den nächsten Tagen Genf verlassen.

Gegen die Reichsbahnverwaltung.

Einnütigkeit des Reichstags.

Die Sitzung des Reichstags wird um 3 1/2 Uhr vom Präsidenten Köbe eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um zu erklären: In der Sitzung der Italienschen Kammer seien über das Verhältnis Italiens zu Deutschland Ausführungen gemacht worden.

Abg. Schulz (Komm.) stellt den Antrag, daß auf die heutige Tagesordnung ein von den Kommunisten eingebrachter Gesetzentwurf über Kurzarbeiterunterstützung gestellt wird.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Der Reichstag kann sich nicht länger der Pflicht entziehen, die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung selbst in die Hand zu nehmen.

Drei deutschnationale Anträge auf Änderung des Reicherwerbslosengesetzes und der Reicherwerbslosenverordnung, sowie zu Maßnahmen gegen die Stellenlosigkeit von älteren Angestellten werden debattenlos dem Ausschuss überwiesen.

Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Groß (Z.). Der Ausschuss legt folgenden Antrag vor:

Die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahnverwaltung findet nicht die Billigung des Reichstags.

- Die Reichsbahnverwaltung soll ermahnt werden, ihren Einfluß auf die Deutsche Reichsbahnverwaltung geltend zu machen, damit:
1. die Rücküberführung von planmäßigen künftigen Beamten in das Arbeiterverhältnis endgültig aufgehört,
2. der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestell,
3. die durch den nachträglichen Abbau in bestimmten Bezirken entstandene Rechtsungleichheit und materiellen Benachteiligungen beseitigt werden,
4. die in das Arbeitsverhältnis überführten ehemaligen planmäßigen Beamten in erster Linie wieder in das Beamtenverhältnis zurücküberführt werden,
5. die rechtlichen und geistlichen Folgen der unter unzulässigem Druck (Drohungen mit Kündigung und Verlust des Barlohngebaldes) erfolgten Rücküberführung ins Arbeiterverhältnis wieder gutgemacht werden.

- erner:
a) einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem geeignete Warrentenbeamte der früheren Reichsbahn unter Wahrung der Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes zum Dienst bei der Reichsbahngesellschaft herangezogen werden können,
b) dafür Sorge zu tragen, daß Personalvertreter in den Verwaltungsrat berufen werden,
c) Verhandlungen zur Aenderung des Reichsbahngesetzes, insbesondere des § 24 einzuleiten und dem Reichstag möglichst bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Abg. Steinkopf (Soz.):

In die Erörterung der Verhältnisse bei der Reichsbahn spielt auch der Konflikt zwischen der Reichsbahn und dem Reichsarbeitsministerium hinein.

einem Gang genommen hat, der mit dem Reichsbahngesetz nichts mehr zu tun hat.

Es wäre vielleicht nicht fälschlich gekommen, wenn man sich damals entschlossen hätte, auch das Personal in den Verwaltungsrat hineinzunehmen.

höheren Beamten in diese Stellung hineinzubringen. Die Reichsbahnverwaltung ist mit vollem Bewußtsein auf die Entwicklung, wie wir sie jetzt sehen, hingefeuert.

Es ist den Beamten nichts anderes als die Pflichten übrig geblieben, die Rechte hat man ihnen genommen.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne:

Wir stehen hier vor einer recht unangenehmen Situation. Nach einem Jahre ihrer Wirksamkeit hat kein Reich im Reichstag mehr etwas für die Reichsbahnverwaltung übrig.

Abg. Dr. Koch-Düffel (Dem.): Das Verhalten der Reichsbahnverwaltung steht oft im Widerspruch mit dem allgemeinen Rechtsempfinden, aber auch mit den früheren Zusicherungen der Herren, die heute noch die Verantwortung für die Verwaltung der Reichsbahnverwaltung tragen.

Abg. Groß (Ztr.) bezeichnet die Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung als einen Bruch der Zusagen, die bei der Errichtung der Gesellschaft vom Generaldirektor Oeser und von anderen leitenden Persönlichkeiten gemacht wurden.

Abg. Schulz (Komm.) meint, bei der Beratung der Gesetzesentwürfe hätten die Redner der Reichsbahnpartei ganz anders gesprochen als heute.

Abg. Schulz-Steinil (Dem.) führt aus, die Entwicklung der Reichsbahnverwaltung habe bewiesen, daß die Enkeltauglichkeit staatlicher Betriebe den von manchen Wirtschaftsgruppen und Parteien davon erwarteten Segen nicht bringt.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) weist darauf hin, daß nach der Gesellschaftsordnung nicht der Verwaltungsrat, sondern der Generaldirektor die Verantwortung für die Reichsbahn trägt.

Um 7 1/2 Uhr wird die Beratung abgebrochen.

Gewerkschaftsbewegung

Berufsausbildung und Facharbeitermangel.

Von maßgebender Stelle erhielten wir folgende Zuschrift: Der durch die Kriegsjahre verursachte Geburtenausfall wird vom Jahre 1928 an auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Diese Tatsache veranlaßt seit längerer Zeit Berufsberater, Volkswirtschaftler und auch Arbeitgeberkreise, sich mit der dann eintretenden Knappheit an jugendlichem Arbeiternachwuchs und den eventuell daraus sich notwendig machenden Maßnahmen zu beschäftigen. In den Gewerkschaften sind diese Dinge selbstverständlich auch beachtet worden, wenn auch erklärlicherweise hier die Besorgnis vor einem künftigen Arbeitermangel keine große Rolle spielt, denn die gegen die Wirtschaftslage bietet keine Ursache dazu. In einer dem Reichsarbeitsminister im November v. J. vom ADGB übermittelten Denkschrift ist die Auffassung der Gewerkschaften niedergelegt. Sie sehen als notwendigste Maßnahme die gesetzliche Neuordnung des Lehrlingswesens an, um einmal möglichst das Ueberfluten sogenannter Rohberufe mit Arbeitskräften zu vermeiden und zweitens, um den Mißbrauch, der in unzulässigen Fällen mit der Lehrlingshaltung getrieben wird, zu beseitigen. Wenn Regierung und Arbeitgeber-Sorgen haben, daß zukünftig nicht genügend Facharbeiter vorhanden sein werden, so müssen sie eben die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen, die den Gewerkschaften Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Berufsausbildung bringen sollen. Denn nur durch Mitwirkung der Arbeitnehmer wird es möglich sein, über den Gruppen- und Einzelgönnismus hinwegzukommen, der immer wieder bewirkt, daß bestimmte Berufsgruppen eine unannehmlich hohe Zahl von Lehrlingen an sich zu ziehen, bzw. daß bestimmte Betriebe ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten des Berufs und auf die Möglichkeit, selbst Facharbeiter zu beschäftigen, sich mit großem Eifer einer umfangreichen „Lehrlingsausbildung“ widmen. In dieser Hinsicht stehen manche Großbetriebe hinter den berufligten Lehrlingszählern aus dem Klein- und Mittelgewerbe nicht zurück. Scharfe Maßnahmen in der angeordneten Richtung im Verein mit einer zeitgemäßen Festlegung der Kostgeldentschädigungen für Lehrlinge würden die Befürchtung, daß ein zu großer Teil der künftig geringeren Zahl der Jugendlichen sich von vornherein den sogenannten „unberechtigten“ Beschäftigungen zuwendet, völlig gegenstandslos werden lassen.

Dem Reichsverband der deutschen Industrie besteht seit einiger Zeit ein „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“, der Ende Januar eine größere Tagung abhielt, die sich mit den hier gestellten Fragen beschäftigte. In Entscheidungen werden die Industrievertretungen der einzelnen Berufe und Orte aufgefordert, mehr als bisher bei den Berufsberatungsstellen und den Berufsschulen mitzuwirken. Eine weitläufige Berufspolitik solle getrieben, und den hilfsbedürftigen Berufen zu dem notwendigen Nachwuchs verholfen werden. Zum Abschluß dieser Besprechung gab Herr v. Borjig als Vorsitzender eine wichtige Erklärung ab, in der er nach Presseangaben sagte, daß mindestens bei einem Teil der vom Arbeitsausschuß für Berufsausbildung bearbeiteten Fragen ein Zusammenarbeiten auch mit sachverständigen Vertretern der Arbeitnehmer durchaus erwünscht sei und daß es hoffentlich gelingen werde, eine geeignete Form für diese Zusammenarbeit zu finden.

Die Gewerkschaften sind seit jeher für eine Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Berufsausbildung eingetreten. Sie werden bei der Regelung jener so stark interessierenden Fragen ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung nicht auf die gebotenen, durch Gesetz zu erfassenden paritätischen Körperlichkeiten beschränken. Für durch freiwillige Vereinbarungen zustande gekommene paritätische Arbeitsausschüsse wird für sie derselbe grundsätzliche Standpunkt gelten. Gerade die gegenwärtige Zeit der Umwandlung der Arbeits- und daher auch Ausbildungsmethoden läßt den Gewerkschaften ein Mitwirken am Studium der daraus entstehenden Probleme als besonders wertvoll erscheinen. Es ist deshalb wohl mit Recht anzunehmen, daß es nicht schwer sein wird, beiderseitigen guten Willen vorausgesetzt, die geeignete Form für solche Zusammenarbeit auf diesem Gebiete zu finden. Diese gemeinsame Tätigkeit könnte viel Gutes für den jugendlichen Nachwuchs, für die Arbeiterschaft überhaupt und auch für die gesamte Volkswirtschaft ergeben.

An die Kraftdroschkenführer!

Die Kraftdroschkenführer haben zu morgen, Mittwoch, eine Demonstration geplant, zu der sie auch die Kraftdroschkenführer heranziehen wollen. Der Deutsche Verkehrsbund ersucht jedoch die Kraftdroschkenführer, an dieser Demonstration der Unternehmer sich nicht zu beteiligen. Die Begründung für diese Stellungnahme erfolgt in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat er den Schiedspruch vom 3. Februar unter der Begründung abgelehnt, daß die in ihm enthaltene Verschlechterung der Arbeitszeitregelung gegenüber dem Württembergischen Schiedspruch deshalb einen um so unerträglicheren Rückschritt bedeutet, als gleichzeitig die Bankleitungen einen weiteren Personalabbau planen. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten sieht demgegenüber auf dem Standpunkte, daß das vorhandene Personal bei regulärer Arbeitszeit nicht mehr ausreichen würde, die Arbeitslast zu bewältigen und daß es deshalb gerade im dringenden öffentlichen Interesse liege, wenn der Richtertag im Bankgewerbe wieder eingeführt würde. Der Allgemeine Verband wird deshalb mit aller Energie den Kampf um dieses Ziel weiterführen.

Zur Jahresversammlung der Buchbinder.

In unserem Bericht in Nr. 62 des „Vorwärts“ war gesagt, in der Diskussion sei kritisiert worden, daß der Verbandsvorstand die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches eigenmächtig herbeigeführt habe. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter teilt uns hierzu berichtend mit, daß nicht ein Schiedspruch für verbindlich erklärt worden ist, sondern der Manteltarifvertrag für die V.D.B.-Buchbinder, sowie der Mantelvertrag für die Kopfbetriebe mit den dazu gehörenden Lohnabkommen für allgemein verbindlich erklärt wurden. Der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist vom Verbandsvorstand auf einstimmigen Beschluß des Tarifausschusses, der verantwortlichen tariflichen Instanz, beim Reichsarbeitsministerium eingereicht worden.

Vom Arbeitsmarkt in Westfalen.

Essen, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem westfälischen Arbeitsmarkt hat sich in der letzten Woche die Zahl der Arbeitsuchenden nicht geändert; die Zahl der Hauptunterstützungs-

empfänger ging durchschnittlich um 1,3 Proz. zurück. Von den Erwerbslosen gehören etwa zwei Drittel dem Bau- und Berggewerbe an. Die Landwirtschaft zeigt infolge der günstigen Witterungsverhältnisse eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften. Im rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbau ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor außerordentlich ungünstig. Infolge Betriebseinsparungen auf den Schachtanlagen der Zeche „Raiserstuhl“ im Dortmund-Berliner Bezirk sind noch etwa 500 Mann zur Entlassung gekommen. Immerhin dürften die am Anfang des Jahres ermittelten Zahlen von rund 40 000 arbeitslosen Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auch jetzt noch nicht überschritten sein. Die Zahl der Pflanzschieben betrug in der Woche vom 24. bis 30. Januar wegen Abfahrmangel 96 919, das sind arbeitsfähig 16 153, und wegen Betriebsstörungen 2123, das sind arbeitsfähig 420. In der Hüttenindustrie hat die Arbeitsmarktlage eine geringere Besserung erfahren. Auch in den Klödnner-Berufen wurden die Betriebsbeurlaubten wieder eingestellt.

Schlichtungsverhandlungen in der Kaliindustrie.

Bochum, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband für die Kaliindustrie hat das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Manteltarifvertrags- und Arbeitszeitstreitigkeiten in der Kaliindustrie angerufen. Verhandlungen wurden für Dienstag, den 9. Februar, in Berlin im Reichsarbeitsministerium angeht.

Die Bergarbeiter-Internationale.

Bochum, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat für den im August in Krakau stattfindenden Internationalen Kongress der Bergarbeiter folgende Tagesordnung festgelegt: Grubensteinstreik, ungelernete Arbeiter im Bergbau, Arbeiterversicherung, Pensionen, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit- und Lohnfragen, bezahlter Urlaub. Ueber die Frage der Rationalisierung wird das Komitee dem Kongress eine Entschlieung vorlegen.

Wichtig: SPD, Gattler, Vorsteherin u. a. Heute abend 7 Uhr bei Familien, Alexandrinenstraße, 44: Versammlung aller Kollegen der Industrie am Rindbäum. — Wichtige Tagesordnung! Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Bergmann Rosenhül. Heute nachm. 4 Uhr Fraktionsversammlung der SPD-Gesellen im Albrechtshof, Fontanestraße 50. Erscheinen aller Gesellen ist Pflicht. Der Fraktionsvorsitz.
Wichtig, Gasbetriebsgesellschaft Marienborn! Heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Köpke, Rathhaus, Ecke Bergrstraße, wichtige Versammlung aller SPD-Gesellen. Die Delegierten.
SPD, Fleischer! Heute, abends 8 Uhr, im Lokal Köpke, Neue Friederichsstraße, wichtige Fraktionsagung. Mitgliedsbuch der Partei gilt als Querschnitt. Der Fraktionsvorsitz.

Gewerkschafts-Unterausschuß Schönberg.

Freitag, 12. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Einbezug, Schönberg, Hauptstr. 14, Versammlung aller betrieblich organisierten Arbeitlosen, die auf dem Schönberger Arbeitsmarktes einströmen sind. „Arbeitslosenstablen und Gewerkschaften“. Weiterer: Kollege Böckum. Zutritt haben nur Kollegen, welche die Erwerbslosenliste des Betriebsarbeitsmarktes Schönberg und einen gültigen Ortsbauausweis vorweisen können. Die Delegierten des Unterausschusses und die Betriebsräte der Schönberger Betriebe werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Emil Reuter; Wirtschaft: Wirtz; Kultur: Gumbel; Gewerkschaftsbewegung: A. Strüben; Fraktionen: Dr. John Schlawinski; Dofolen; und Genossen: Erik Rasmussen; Knudsen; Th. Nord; sämtlich in Berlin. Vertrieb: Vertriebsstellen G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag und Verlagsanstalt Gust. Giese u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1, Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Zweite WEISSE WOCHEN

Wir bringen in dieser Woche weisse Waren aller Art welche z.T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

sowie andere vorteilhafte Angebote zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Verkauf nur so weit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Außerdem: Billige Lebensmittel

Berl. Mettwurst 98 Pf.

Mettwurst n. Braunschwg. Art 140 Pf.

Kablau Seelachs ohne Kopf, im ganzen 20 Pf. Schellfisch 20 Pf.

Tilsiter Käse 78 Pf.

Kahl. Backobst 60 Pf.

Frisch gebrannter Kaffee 240

Damen-Hemden mit voller Achsel, aus gutem Wäschestoff, mit Stickereigarnierung 1.45

Trägerhemden aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei reich garniert 1.65

Nachthemden aus gutem Hemdentuch, mit gesticktem Motiv und Hobliaum reich ausgestattet 3.25

Louisianatuch ca. 80cm breit 65 Pf.

Dowlas Lakentuch, gute Qualität 175 Pf.

Louisianatuch ca. 150cm breit 145 Pf.

Damen-Hemdchensen Windelform, aus gutem Wäschestoff, verschiedene Ausführungen 2.75

Garnituren Hemd und Bekleid. mit schönem Stickerei-Ansatz 4.75

Prinzessröcke Jumperform, gut. Hemdentuch, mit Stickereigrund 2.45

Damen- und Herren-Schuhwaren

Damen-Hausschuhe mit Kordeln, verschied. Höhe 1.45 1.95

Leder-Hausschuhe mit biegsamer Lederzohle, gute Ausführung 2.90 3.40

Herren-Gamaschen in verschiedenen Farben, gute Verar. 1.93

Damen-Spangenschuhe mod. schöne Formen, ver. 10.50 12.50

Herren-Stiefel u. Halbschuhe schwarz mod. Form, gute Verarbeitung 12.50

Damen-Bekleidung

Jumper aus kunstseid. Trikot, mit bunter Malerei, in vielen Farben 2.25

Jumper aus Zephir, schöne Stroifen, offen u. geschl. zu tragen, mit Taschen, nett verarbeitet 2.90

Hemdblause Panama, gute Qualität 3.50

Wollkleider kariert, in moderner Glockenform 17.50

Moulinemäntel verwechselt, Farben, mit Silberstreifen 16.50

Velourskostüme in verschiedenen Streifen 29.50

Strümpfe

Damen-Strümpfe pa. Make, m. Doppelsohle, Hochf. u. Nacht 95 Pf.

Damen-Strümpfe prima Goldener oder schlla, Hochf. u. Nacht 125 Pf.

Herren-Socken prima Goldener oder Jacquard, mod. Muster 95 Pf.

Schweißsocken gut verstärkt 45 Pf.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. Alexandrplatz Frankfurter Allee

Auslandsgelder für den Baumarkt?

Die Förderung der Bautätigkeit. — Eine Denkschrift des Arbeitsministeriums.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der eine Belebung des deutschen Baumarktes durch Zuführung von Krediten in die Bauindustrie befürwortet wird. Die Denkschrift errechnet, daß in Deutschland augenblicklich 600 000 Wohnungen fehlen. Dazu tritt ein jährlicher Neubedarf von 150 000 Wohnungen. Auf Grund der vorläufigen Wohnungsprogramme werden aber höchstens 90 000 bis 100 000 Wohnungen gebaut.

Die Denkschrift erkennt ganz richtig, daß die Hemmungen für eine umfassende Belebung des deutschen Baumarktes in einem Umfange, der zugleich eine Ankurbelung anderer Wirtschaftszweige bedeutet, in dem Mangel an Baukapitalien begründet liegen. Aus der Mietzinssteuer stehen heute, nach Abzug des Teils im Steuerabkommen, der für Verwaltungs- oder andere Zwecke verwendet wird, rund 500 bis 600 Millionen Mark für den Baumarkt zur Verfügung. Vor dem Kriege stießen aber über die Immobilienkredite aus Realrediten dem Baumarkt 1200 Millionen Mark zu, während in den beiden Jahren nach der Stabilisierung aus dem Realredit nur ungefähr 350 bis 400 Millionen Mark für den Baumarkt erübrigt werden konnten. Der Reichsarbeitsminister schlägt nun vor, den Unterschied zwischen der für eine umfassende Belebung des Baumarktes erforderlichen und der aus dem deutschen Realredit zur Verfügung stehenden Summe — schätzungsweise 1 1/2 Milliarden für die beiden nächsten Jahre — durch Auslandshypotheken zu beschaffen. Im Übrigen werden Vorschläge für die Verzinsung dieses Auslandskredites aus der Hauszinssteuer gemacht.

Das Verlagen des Kapitalmarktes.

Wie man sieht, lehnt sich der Plan eng an die Geldankengänge an, die in einem von uns bereits gewürdigten Antrag der Zentrumsparität zur Förderung der Bautätigkeit entwickelt wurden. Die Entfaltung einer regen Bautätigkeit liegt nicht nur im Interesse der großen Zahl von Wohnungsuchenden, die vergeblich auf die Zuweisung einer Pflanzwohnung zu erschwingerlichen Preisen warten, sie liegt auch im Interesse der ganzen übrigen Arbeiterschaft, der es heute infolge des Abganges in der Industrie an Beschäftigung fehlt. Aus diesem Grunde sind die Vorschläge des Arbeitsministers grundsätzlich durchaus zu begrüßen. Man wird dabei im Auge behalten müssen, daß das Darlehenlegen der Wohnungsbaufähigkeit nicht nur in den hohen Baukosten zu suchen ist, sondern daß auch das Verlagen des Kapitalmarktes dabei eine entscheidende Rolle spielt. Noch immer sind in Deutschland langfristige Gelder nicht erhältlich, während kurzfristiges Geld an der Börse heute bereits zu 5 1/2 Proz. angeboten wird und nicht einmal zu diesem geringen Zinssatz Anlage findet, sondern in großen Beträgen nach dem Ausland wandert, um dort zu noch niedrigeren Zinsen Anlage zu suchen! Dieses Mißverhältnis am Geldmarkt, das von uns wiederholt gemüßigt worden ist, stellt den Ausdruck der Vertrauenskrise dar, die noch heute auf der deutschen Wirtschaft lastet. Wenn wir darauf warten wollen, bis die Großbanken durch eine vernünftige Verteilung ihrer verfügbaren Gelder den Geldmarkt in Ordnung bringen, so würde das wahrscheinlich viel zu lange dauern, als daß man in dieser Wirtschaftskrise auf eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rechnen könnte. Die Belebung des Baumarktes aber ist ein geeignetes Mittel zum Kampf gegen die Krise. Deswegen kann es sich also jetzt nur darum handeln, aus den

Erträgen der Hauszinssteuer große Summen für den Wohnungsbau freizumachen, um hier nachhaltig eingzugreifen. Eine andere Frage aber ist, inwieweit noch öffentliche Geldinstitute zur Beschaffung von billigen Hypotheken herangezogen werden können, ob nicht insbesondere die öffentlichen Versicherungsgesellschaften stärker für den Wohnungsbau und seine Finanzierung gewonnen werden können.

Verbilligung der Baukosten.

In jedem Falle sind große Summen erforderlich. Das Ziel eines behördlichen Wohnungsprogramms muß in erster Linie sein, zu niedrigen Erzeugungskosten billige Wohnungen herzustellen. Das läßt sich nur durchführen bei einer Abkehr von den bisherigen Baumethoden. Wir müssen dazu kommen, nach amerikanischem Muster alle Möglichkeiten einer billigen Bauweise zu erschöpfen. Dafür aber fehlen heute die Voraussetzungen, und diese werden wohl nie geschaffen werden können, wenn die Bautätigkeit in so langsamem Tempo fortschreitet wie bisher. Auch für das Baugewerbe gilt der Satz, daß eine Rationalisierung sich erst lohnt, wenn damit auch Aussicht auf einen erhöhten Absatz geschaffen wird. Daher ist eine starke Ankurbelung des Baugewerbes notwendig.

Die Frage der Auslandshypotheken.

Es kommt aber darauf an, die Mittel für den Häuserbau in Deutschland selbst aufzubringen. Die Aufnahme von Auslandsanleihen muß die stärksten Bedenken auslösen schon deshalb, weil niemand weiß, wie sich auf die Dauer die Zinssätze gestalten werden. Ueberrimmt aber nach dem Plane des Reichsarbeitsministers das Reich aus Mitteln der Hauszinssteuer einen Teil der Verzinsung und Tilgung von ausländischen Häuserbauhypotheken, so muß es immer noch als fraglich dahingestellt werden, ob das überhaupt im Interesse des Wohnungsbaues liegt. Man nimmt an, daß der Mieter nur etwa fünf Prozent an Zinsen und Tilgung für derartige Hypotheken zahlen kann. Wenn nun das Reich auf Jahre hinaus zu diesen Zinslasten des Mieters zwei, drei oder noch mehr Prozent aus Steuermitteln zu zahlen soll, so bleibt dennoch die Frage offen, wie das deutsche Volk verteilt werden soll: ob es lieber jahrelang Zinszuschüsse an das Ausland zahlt, oder ob es die dafür bereitgestellten Beträge nicht besser von vornherein zur Steigerung und Verbilligung des Wohnungsbaues verwendet. Bei dem starken Bedarf der Wirtschaft an ausländischen Krediten wäre es nicht zu rechtfertigen, wenn man noch mit langfristigen Häuserbaukrediten in das Ausland gehen und die fremden Geldmärkte noch mehr in Anspruch nehmen würde. Solange man selbst die Kommunen dazu zwingt, auf Auslandsanleihen zu verzichten, auch wenn mit ihnen produktive Zwecke verfolgt werden, solange muß es mindestens als unzweckmäßig erscheinen, mit einem starken Kapitalbedarf für Hausbauhypotheken ins Ausland heranzutreten. Die Belastung der Mieter mit der Hauszinssteuer macht es unseres Erachtens dem Reich zur gebieterischen Pflicht, aus diesen Mitteln diejenigen Leistungen zu vollbringen, die zur Bekämpfung der Wohnungsnot dienlich sind. Das ist solange nicht der Fall, als der größte Teil der Hauszinssteuer für Verwaltungszwecke in Anspruch genommen wird. Hier ist eingzugreifen, um wirksam gegen Wohnungsnot und Wirtschaftskrise vorgehen zu können.

Preise und Qualität.

Auch die „Weiße Woche“ hat weder dem Einzelhandel noch den Lieferanten die gewünschten Erfolge gebracht. Natürlich ist für diesen Mißerfolg in erster Linie die mangelnde Kaufrkraft der Massen verantwortlich. Aber daneben ist ein ständig wachsendes zum Teil berechtigtes Mißtrauen gegen alle Sonderverkaufsveranstaltungen des Einzelhandels. Was die große Masse der Konsumenten heute braucht, ist Qualitätsware zu billigen Preisen. Auch sie war bei den Inventurverkäufen und weißen Wochen zu finden. Es gibt genug mitleidende Lieferanten, es gibt reichlich Konturware, die von zahlungsfähigen Käufern sehr preiswert erstanden werden können. So wurde in einem großen Berliner Warenhause ein Rotopendentuch, das es gros mit 1,15—1,20 M. je Meter bezahlt wird, mit 75 Pf. angeboten. Es findet sich bei diesen Veranstaltungen auch Ware, die von den Lieferanten in Einzelhandelsgeschäften in Kommission gegeben wird. Hierbei besteht nicht das Risiko, daß die Ware, wenn sie nicht verkauft wird, Lagerbestand wird. Sie kann den Lieferanten zurückgegeben werden. Bezahlt wird nach Abzug einer Provision nur das, was tatsächlich an den Verbraucher verkauft wird. Der größte Teil der Ware aber, die bei diesen Veranstaltungen angeboten wird, ist eigens für diese Zwecke hergestellt. Man kann dort z. B. Hemden finden, die „im Querschnitt“ verarbeitet sind; in der Regel wird nämlich der Stoff für Hemdenverwendung in der Länge vermesen und ein entsprechender Teil des Stoffes dann verarbeitet; bei den Querschnittshemden wird die Breite als Länge betrachtet, Maßel werden angelegt; außerdem kann man — was auch vielfach bei der Wäscheherstellung geschieht — durch geringere Längen sparen. In Stoffen wird ferner sehr reichlich minderwertige Ware zum Verkauf angeboten, und zwar teilweise unter dem Einkaufspreis. Diese Preisherabsetzungen können der konsumierenden Bevölkerung nicht viel nutzen. Notwendig ist, daß Qualitätsware zu Breiten, die für die großen Massen zu erdwingen sind, zum Verkauf kommt. Dazu ist erforderlich, daß der Einzelhändler seinerseits mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit beim Einkauf vorgeht. Wenn jetzt im offiziellen Organ des Reichsbundes des Textilhandels ein Konfessionär als Wirtschaftsmarodeur beschimpft wird, weil er, um schnell Geld hereinzubekommen und um große Umsätze zu erzielen, seine Waren gegen Barzahlung 30 Proz. unter Tagespreis anbietet, so bedeutet das ein Verleugern der Interessen des Konsums und des Einzelhandels. Es muß dahin kommen, daß die Vorzugspreise der Sonderverkäufe dauernde Normalpreise werden, das ist unvermeidlich, wenn die Umsätze steigen sollen.

Aus der genossenschaftlichen Internationale.

Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt am 30. und 31. Januar in Haag eine Sitzung ab. Eine längere Aussprache erforderte die Lage der Genossenschaften in Italien. In dieser Angelegenheit lagen

zahlreiche Vorschläge für ein politisches oder wirtschaftliches internationales Vorgehen oder gemeinsame Maßnahmen mit der internationalen Genossenschaftsbewegung vor, die sämtlich mit Rücksicht auf die grundsätzliche politische und religiöse Neutralität des Bundes verworfen wurden. Die Exekutive war der Auffassung, daß jedes Vorgehen ihrerseits, das in irgendeiner Weise als politisch gedeutet werden könnte, der ihr am Herzen liegenden Sache und besonders den Interessen der italienischen Genossenschaftsbewegung unter den heutigen Umständen schaden könnte. Die bisher unternommenen Schritte wurden gebilligt und der italienischen Bewegung weitere Unterstützung bei ihrem Bemühen zugesichert, die Grundzüge der internationalen Solidarität, der Freiheit der Vereinigung und der Unabhängigkeit der Betätigung innerhalb ihrer wirtschaftlichen Sphäre aufrechtzuerhalten. Die Exekutive befragt lebhaft die teilweise Zerstörung der großen, mehr als 30 Jahre alten wirtschaftlichen Bewegung Italiens, die in manchen Dingen einzig unter den vereinigten Genossenschaftsorganisationen der ganzen Welt dastand, und hegt noch die Hoffnung, daß die italienische Regierung dazu bewogen werden kann, den Genossenschaftlern, die sowohl unter der jüngst erfolgten Auflösung als auch unter der früheren Schädigung und Vernichtung von Genossenschaften gelitten haben, diese Freiheiten wiederzugeben. Wenn irgendmöglich, soll an Ort und Stelle eine Untersuchung stattfinden, und der Generalsekretär des I. B. soll der italienischen Regierung direkte Vorstellungen machen.

Der diesjährige Internationale genossenschaftliche Fest- und Werbetag fällt auf Sonnabend, den 3. Juli. Zur Internationalen Wirtschaftskonferenz hat der Völkerverbund auch drei Genossenschaftler eingeladen. Großbritannien und Deutschland hat er nicht berücksichtigt, sondern Schweden, Rußland und Desterreich.

Die neuen Landwirtschaftskredite.

Ueber die von der Reichsbank bei der Goldkreditbank für die Landwirtschaft freigegebenen Kredite liegt nunmehr ein ausführlicher Bericht der Rentenbankkreditanstalt vor. In Frage kommen sofort schon Beträge von weit über 100 Millionen M. Der Landwirt erhält die Kredite als Hypothek auf drei bis fünf Jahre mit Rückzahlungspflicht von je einem Drittel 7 1/2 Proz. Zinsen, ausgezahlt werden 98,50 bis 98,75 M. auf je 100 M. Darlehen. Der Landwirt wendet sich an die von ihm gewünschte Kreditmittlerin, und zwar öffentliche Sparkassen, Landesbankstellen, Landesbanken, Hypothekendarlehen, Landbesitzer und ritterschaftliche Kreditinstitute. Gleichzeitig ist ein Fragebogen auszufüllen, der die Unterlage für die Entscheidung bildet, ob das Hypothekendarlehen gewährt wird. Die Fragebogen gehen an die Rentenbank, die nach den Vorschlägen der Vermittlungsinstitute die Entscheidung trifft.

Praktisch liegt das Schwergewicht der Kreditgewährung also bei den vorschlagenden Kreditinstituten. Die Höchstgrenze der Einzeldarlehen liegt bei einem Drittel des berechtigten Wertbeitrags; fehlt ein solcher oder liegen Wertverbühungen vor, bei einem Drittel einer amtlichen Schätzung. Zweck und Empfänger der Darlehen sind scharf bestimmt. In erster Linie soll die Abdeckung drückender und bald fälliger Personalschulden er-

folgen, insbesondere gegenüber Genossenschaften und der Rentenbankkreditanstalt. In zweiter Linie sollen notwendig, sonst nicht zu deckende, aber rationeller Wirtschaft dienende Kredite für die laufende Wirtschaftperiode gewährt werden. (Düngemittel, Saatgut, auch verlässliche Erneuerung des lebenden und toten Inventars, Meliorationsdarlehen nur ausnahmsweise; ausgeschlossen sind forst- und weinbauliche, Siedlungs- und Bauzwecke, auch Abtragung von Aufwertungshypotheken.)

Die Kreditinstitute sind verpflichtet, den Ansprüchen zu entsprechen, wenn es sich um kreditwürdige, d. h. tüchtige Landwirte mit einwandfreiem Ruf und anerkannter Zuverlässigkeit handelt. Es sollen nur Landwirte in Frage kommen, welche unbedingte Gewähr einer rationalen, möglichst intensiven Bewirtschaftung ihrer Güter bieten. — Es ist ersichtlich, daß der Zweck und der Empfängerkreis für die Darlehen klar bestimmt ist. Zweifellos schließt aber das Vorschlagsrecht der Vermittlungsinstitute u. a. auch eine Gefahr für die gerechte Auslese in sich. Das gilt besonders gegenüber den kleinen und kleinsten Landwirten. Auch der „einwandfreie Ruf“, der verlangt wird, ist bei der Rentabilität besonders mancher Landwirte keine Gewähr für richtige Kreditverteilung. Die Aufsichtsinstanzen der Vermittlungsinstitute werden daher der gerechten Verteilung der Kredite auch ihre Aufmerksamkeit zuwenden haben.

Kommunale Steuererträge und kommunale Betriebe.

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht aus einer Uebersicht über die Steuererträge sowie die Ueberschüsse der kommunalen Betriebe und Unternehmungen der preussischen Städte und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern für das Rechnungsjahr 1924 nachstehende Angaben:

Das gesamte Steueraufkommen in allen preussischen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern betrug im Berichtsjahr 1366,6 Millionen Mark, so daß auf den Kopf der Bevölkerung nach dem Stande vom 8. Oktober 1919 69 M. entfielen. Der größte Anteil an dem Gesamtsteueraufkommen, nämlich über 28 Proz., entfällt auf Uebererträge aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mit 387,5 Millionen Mark, d. h. 19,6 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Mit 21 Proz. folgt an zweiter Stelle die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen von 287,5 Millionen Mark, dem ein Kopfbetrag von 14,5 M. entspricht. Fast gleich waren die Erträge aus der Grundvermögenssteuer (169,5 Millionen Mark) sowie der Hauszinssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit (169,5 Millionen Mark) mit je 8,6 M. auf den Einwohner und einem Anteil von je 12,4 Proz. am gesamten Steueraufkommen.

Von allen Größenklassen weist die Stadt Berlin mit 399,5 Millionen Mark das höchste Steueraufkommen auf, d. h. über 29 Proz. vom Steueraufkommen in sämtlichen preussischen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen hier 105 M. Sodann folgt die Städteklasse mit mehr als 200 000 Einwohnern, und zwar mit einem Betrage von 75,8 M. auf den Einwohner und einem Anteil von 25,3 Proz. am Gesamtaufkommen; für die dritte Größenklasse (100 000 bis 200 000 Einwohner) lauten die entsprechenden Zahlen 69,6 M. und 10,3 Proz. Mit einem Kopfbetrag von 63,6 bzw. 59,9 M. und einem Anteil von etwa je 9 Proz. am Gesamtaufkommen schließen sich die beiden folgenden Städteklassen (50 000 bis 100 000 und 25 000 bis 50 000 Einwohner) an. — In den Städten mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern halten sich die Kopfbeträge auf fast gleicher Höhe wie die in den Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern; in beiden Gruppen betragen sie 48,5 bzw. 48,7 M., während der Verhältnisquotient zum Gesamtsteueraufkommen bei den Städten 8 Proz., der bei den Landgemeinden aber auf Grund der geringen Einwohnerzahl dieser Größenklasse nur 0,8 Proz. ausmacht.

Zum erstenmal sind die Uebererträge der kommunalen Betriebe und Unternehmungen der Städte und Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern statistisch im ganzen Reich erfaßt worden. In Preußen betragen sie für 1924 zusammen 169,4 Millionen Mark (d. h. 8,6 M. auf den Kopf der Bevölkerung), wovon allein 126 Millionen Mark (d. h. über 7,4 Proz.) auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte entfallen. Insgesamt machen diese Uebererträge für die in die Erhebung einbezogenen preussischen Gemeinden 12,4 Proz. ihres Gesamtsteueraufkommens aus.

Großbankaktien nach Amerika.

Die Aktienpakete, die von deutschen Großbanken in ausländische Hände wandern, werden immer mehr. Ueber der schon jetzt bald nach der Geldumstellung erfolgten Unterbringung von 40 Millionen Deutsche Bankaktien in England sind jetzt in rascher Folge von der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und dem Barmer Bankverein Aktienpakete nach New York gegangen. Bei der Darmstädter und Nationalbank scheint eine ähnliche Transaktion im Gang zu sein. Wir wollen uns nicht der Vermutung anschließen, die Eingeweihte manchmal äußern, daß manche Großbank sich durch Aktienverkäufe die Dividenden verschafft, die sie demnächst ausschütten werden. Die Einflußnahme der Ausländer dürfte wohl mehr der Kontrolle über die gewährten Auslandskredite dienen; den deutschen Großbanken wird die Einflußnahme überdies nicht ganz unwillkommen sein, um das Interesse der Amerikaner für die deutschen Bankinteressen auch materiell zu fördern. Jedenfalls ist das Hinüberwandern der Aktienpakete sehr charakteristisch für die wachsende enge Verknüpfung der Geld- und Wirtschaftsinteressen Amerikas und Deutschlands.

Ein Vorbote der großen Bankabschlüsse für 1925. Wie schon oft, ist die Hildesheimer Bank die erste deutsche Aktienbank, die ihren Geschäftsabschluss veröffentlicht. Obwohl sie zu den kleineren Aktienbanken gehört, hat ihr Abschluß durch ihre Verbindung mit der Deutschen Bank eine größere Bedeutung. Um das Ergebnis vorzunehmen, es werden 7 Proz. Dividende verteilt, gegen 8 Proz. im Vorjahr. Der Reingewinn (410 528 M. gegen 503 345 M. im Vorjahr) ist um fast 100 000 M. niedriger. Dabei ist der Umsatz von 633 auf 723 Millionen erhöht. Die Haupteinnahmen lieferte das Wechsel- und Kontokorrentgeschäft. Mit 1,27 Millionen blieben sie aber gegen das Vorjahr mit 1,50 Millionen nicht unbeträchtlich zurück. Das Fehlen der Sondergewinne aus den überhöhten Zinssätzen von Anfang 1924 ist fühlbar. Die Verwaltungskosten sind von 884 000 M. auf 814 000 M. etwas gesunken. Wie außerordentlich teuer die Banken heute arbeiten, zeigt ein Vergleich dieser Verwaltungskosten mit der Vorkriegszeit. Bei mehr als doppelt so großem Umsatz kam die Hildesheimer Bank damals für ein dreimal so hohes Aktienkapital mit der Hälfte der heutigen Verwaltungskosten aus. Bei reichlich doppelt so hohen Krediten an die Wirtschaft nahm sie ihren Kunden damals insgesamt nicht mehr Zinsen und Provisionen ab als heute. Dabei sind die Steuerleistungen kaum höher als in der Vorkriegszeit. Die Realgehälter der Angestellten sind bekanntlich sehr niedrig. Aber 1913 wurde das mehr als doppelt so große Geschäft mit drei Filialen, 1925 das halb so große Geschäft mit sieben Filialen gemacht. Davon sind erst 2 Filialen abgebaut worden. Der Verkauf steigert die Kosten; die hohen Zinsen und Provisionen aber verkleinern das Geschäft. Die falsche Politik der Banken, höchste Nutzen bei kleinem Umsatz, richtet sich gegen sie selbst. Das lehrt der Abschluß der Hildesheimer Bank. Man darf gespannt sein, ob die demnächst zu erwartenden Großbankabschlüsse etwas anderes lehren.

Der Bauer und die Generäle.

Von M. J. Salskyfow-Sischedin.
(Übersetzt von Hans Rusoff)

Es waren einmal zwei Generäle, die waren so leichtsinnig, daß sie binnen kurzer Zeit, wie das so in Märchen vorkommt, plötzlich sich auf einer unbewohnten Insel befanden.

Die Generäle hatten ihr ganzes Leben lang in einer Registratur gedient; dort waren sie geboren, erzogen und alt geworden, infolgedessen verstanden sie von nichts etwas. Sie kannten nicht einmal irgendwelche Redensarten außer: „Nehmen Sie die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung und Ergebenheit entgegen.“

Die Registratur war aufgelöst worden, da man sie nicht mehr benötigte, und die Generäle hatte man entlassen. Sie wurden außerstandes, sich in Petersburg in der Podjatschestska nieder, ein jeder in einer eigenen Wohnung; jeder hatte seine Köchin und bezog seine Pension. Plötzlich aber befanden sie sich auf einer unbewohnten Insel; sie wachten auf und gewöhnten, daß sie beide unter einer Bettdecke lagen. Zunächst begriffen sie selbstverständlich gar nichts und begannen miteinander eine Unterhaltung, als wäre nichts mit ihnen vorgefallen.

„Ein sonderbarer Traum hat mir heute geträumt, Em. Exzellenz,“ sagte der eine General, „es war mir, als lebte ich auf einer unbewohnten Insel...“

Als er dies gesagt hatte, sprang er plötzlich auf. Auch der andere General sprang in die Höhe.

„Rein Gott! Was ist denn das? Wo sind wir denn?“ stießen beide mit entsetzter Stimme hervor.

Und sie begannen einander zu betasteln, um festzustellen, ob denn in der Tat dieser Vorfall sich mit ihnen nicht in „Traume, sondern in Wirklichkeit ereignet habe. So sehr sie aber auch sich zu überzeugen bemühten, daß dies alles nichts als ein Traumgeschäft sei, so mußten sie doch zu der Überzeugung gelangen, daß dies traurige Wirklichkeit war.

Auf der einen Seite erstreckte sich vor ihnen das Meer, zu der anderen Seite lag ein kleines Stück Land, und hinter diesem erstreckte sich wiederum grenzenloses Meer. Da brachen die Generäle zum erstenmal, seit die Registratur geschlossen worden war, in Tränen aus.

Sie betrachteten einander und sahen, daß sie nur Nachtshemden anhaben und daß ein jeder einen Orden am Halse trug.

„Wie schön wäre es, wenn wir jetzt Kaffee trinken!“ sagte der eine General; als ihm aber einfiel, was für ein unerhörter Vorfall sich mit ihm ereignet hatte, da brach er zum zweitenmal in Tränen aus.

„Was wollen wir denn nun tun?“ fuhr er unter Tränen fort, „wenn wir jetzt einen Bericht schreiben würden, was hätte das für einen Nutzen?“

„Ich weiß etwas,“ antwortete der andere General, „gehen Sie in der Richtung nach Osten, Exzellenz, ich will nach Westen gehen, und gegen Abend wollen wir uns wieder an diesem Plage treffen. Vielleicht werden wir irgendetwas finden.“

Nun überlegten sie, wo Osten und wo Westen sei. Es fiel ihnen ein, daß ein Vorgesetzter ihnen einmal gesagt hatte: „Wenn du Osten finden willst, so stelle dich mit den Augen nach Norden, und rechter Hand wird das Gesuchte liegen.“ Sie begannen Norden zu suchen, stellten sich so und wieder anders, probierten alle Himmelsrichtungen durch; da sie aber ihr ganzes Leben lang in der Registratur gedient hatten, so fanden sie nichts.

„Ich weiß etwas, Em. Exzellenz, Sie gehen nach rechts und ich nach links; so wird es besser gehen!“ sagte der eine General, der außer in der Registratur auch noch in der Schule der Militärschule als Lehrer für Schönschreiben gedient hatte und folglich etwas klüger war.

Wie gesagt, so getan. Der eine General ging nach rechts, und da sah er, daß da Bäume wuchsen und an den Bäumen allerhand Früchte hingen. Der General wollte wenigstens einen Apfel erreichen, aber sie hingen alle so hoch, daß er hinaufklettern mußte. Er versuchte es — aber es kam nichts dabei heraus, er zerrte sich nur sein Hemd. Darauf gelangte der General an einen Bach und sah darin Fische schwimmen, es wimmelte nur so von ihnen, ganz wie in der Umage auf der Fontana in Petersburg.

„Wenn ich doch so einen Fisch fangen und mich mit ihm nach Hause begeben könnte!“ dachte der General und verzog vor lauter Appetit das Gesicht.

Darauf betrat der General einen Wald, dort aber pflüchten die Rebhühner, schrien Fasanen und ließen Hosen umher.

„O Gott! Soviel Ekbares! Soviel Ekbares!“ sagte der General, der bereits fühlte, daß es ihm vor Hunger über wurde.

Es war nichts zu machen, er mußte mit leeren Händen an den verabredeten Platz zurückkehren. Als er hintam, wartete der andere General bereits auf ihn.

„Nun, wie steht's, Em. Exzellenz, haben Sie irgendetwas gefunden?“

„Ja, ich habe hier eine alte Nummer der „Moskauer Nachrichten“ gefunden und sonst nichts!“

Da legten sich die zwei Generäle schlafen, da sie aber einen leeren Magen hatten, schliefen sie nicht ein. Bald beunruhigte sie der Gedanke, wer nun statt ihrer die Pension in Empfang nehmen werde; daß wieder mußten sie an die Früchte, Fische, Rebhühner, Fasanen und Hosen denken, die sie am Tage gesehen hatten.

„Wer hätte denken können, Em. Exzellenz, daß die menschliche Nahrung in ihrer ursprünglichen Form umherfliegt, im Wasser schwimmt und an Bäumen wächst?“ sagte der eine General.

„Ja,“ antwortete der andere General, „offen gestanden habe auch ich bis jetzt gemeint, daß die Semmel in der Form entstehen, wie man sie am Morgen zum Kaffee reißt.“

„Wenn also folglich jemand zum Beispiel ein Rebhuhn essen will, so muß er es zuerst fangen, wien, rupfen und braten... wie aber macht man das alles?“

„Wie aber macht man das alles?“ wiederholte der andere General wie ein Echo.

Sie verstümmten und gaben sich Mühe einzuschlafen; aber der Hunger vertrieb ihnen horridisch den Schlaf. Rebhühner, Truthähne und Hinkel stimmerten nur so vor ihren Augen, saftig, leicht geröstet, mit Gurken und Salat garniert.

„Seht wäre ich, glaube ich, in der Lage, meinen eigenen Stiefel aufzuweilen!“ sagte der eine General.

„Auch Handschuhe sollen gut schmecken, wenn man sie lange getragen hat!“ sagte der andere General.

Plötzlich blühten die zwei Generäle einander an; in ihren Augen leuchtete ein unhöflichverfündendes Feuer, sie stießen die Zähne, und

Mussolinis Brandrede.



Wie kennen die Weise, wir kennen den Text:
So hat einst mit gepanzerter Pfote
Unser Erbmonarch, Wilhelmus der Zwote
Der Diplomaten Konzept verflext.

Wie heute — damals: ein Beifallssturm,
Ein Monstroschester klatschender Hände.
Wir aber denken still an das Ende...
Was blieb von allem? — Ein zitternder Wurm!
Jetzt schäumt der „Duce“ in Redegischt,
Er trägt die Fahne über den Brenner...

(Meist leuchtet der Fünfminutenbrenner
Am hellsten auf, bevor er erlischt.)
Es kündigt das Ende der Diktatur
Sich an durch solche Rodomontaden.
Der Kenner sieht hier nichts als den Schaden
In Mussolinis Gehirnstruktur.
Und folgert kühl aus dem Redeschwall
Aus der gemimten Cäsarenpose
Als einzig sichere Diagnose:
Hier kam der Knall schon vor dem Fall!
M. v. Lindenbeken.

etc dumpfes Knurren entrang sich ihrer Brust. Langsam krochen sie aneinander heran und gerieten plötzlich in tierische Wut. Bettfedern flogen durch die Luft, es ertönte ein Kreischen und Stöhnen; der General, der auch Lehrer für Schönschreiben gewesen war, biß seinem Kameraden den Orden ab und schluckte ihn sofort hinunter. Aber der Anblick fließendes Blutes schien beide zur Vernunft zu bringen.

„Der Herr behüte uns!“ sagten sie beide zugleich, „auf diese Weise würden wir ja uns gegenseitig auffressen.“

„Wie wir mir hierher geraten sind! Wer mir der Schurke ist, der uns diesen Streich spielte!“

„Wir mühten uns durch irgendein Gespräch die Zeit vertreiben, Em. Exzellenz, sonst könnte es zwischen uns noch zu einem Nord kommen!“ sagte der eine General.

„Beginnen Sie!“ antwortete der andere General.

„Wie denken Sie zum Beispiel darüber, warum die Sonne zuerst aufgeht und dann untergeht, nicht umgekehrt?“

„Sie sind ein sonderbarer Mensch, Em. Exzellenz! Auch Sie selbst stehen doch zuerst auf, gehen ins Departement, schreiben dort und gehen erst dann schlafen, nicht wahr?“

„Warum aber sollte man nicht folgende Gruppierung gelten lassen: zuerst gehe ich schlafen, habe verschiedene Träume, und erst dann stehe ich auf?“

„Hm!... Ja... Als ich im Departement diente, da dachte ich offen gestanden stets folgendermaßen: Jetzt ist es Morgen, dann wird es Mittag sein, dann wird man das Abendessen auf den Tisch bringen — und dann ist es Zeit zum Schlafengehen!“

Aber die Erwähnung des Abendessens ließ beide in Bequemlichkeit versinken und brach das Gespräch gleich zu Beginn wieder ab.

„Ich habe von einem Arzt gehört, daß der Mensch sich lange Zeit von seinen eigenen Säften ernähren kann,“ begann von neuem der eine General.

„Wieso denn?“

„Folgendermaßen. Unsere eigenen Säfte bringen wiederum andere Säfte hervor, diese bringen ihrerseits Säfte hervor und das geht so weiter, bis schließlich alle Säfte ausgehen...“

„Und was tut man dann?“

„Dann muß man irgendeine Nahrung zu sich nehmen...“
(Schluß folgt.)

Der Kropf in der Tiefenebene. Ueber die letzten Entstehungsursachen des Kropfes — der Vergrößerung der Schilddrüse — schreibt trotz aller Bemühungen der Forschung noch ein geheimnisvolles Dunkel. Man hat zwar mit unbestreitbarem Recht für das gehäufte Auftreten von Kropf in bestimmten Gegenden dem Jodmangel in der Nahrung und in der umgebenden Natur die Schuld zugeschrieben; aber keine der vielen Theorien hat eine restlos befriedigende Aufklärung ergeben. Weder ist das Trinktwasser (Kropfbrunnen) noch die Bodenbeschaffenheit, noch ein ansteckender Erreger mit Sicherheit für diese Erkrankung verantwortlich zu machen. Allerdings ist es auffällig, daß der Kropf vorwiegend eine Erkrankung der Gebirge ist. Tatsächlich sind die Alpen, Karpathen, Schwarzwald, Riesengebirge usw., aber auch in gleichem Maße viele der außereuropäischen Gebirgsgegenden Kropfherde ersten Ranges. Dagegen wurde bisher die Tiefenebene als im wesentlichen kropffrei angesehen. Dieser Umstand ist jetzt nun ein Danziger Arzt auf Grund seiner Beobachtungen an einheimischen Bewohnern seiner Vaterstadt und ihrer Umgebung entgegengetreten. Er konnte mit Hilfe der dortigen Schulärzte bei zirka 15 Proz. der Schilddrüsen erhebliche Vergrößerungen der Schilddrüse feststellen; in den höheren Lehranstalten war sogar der Prozentsatz noch höher. Also jedes fünfte bis sechste Schilddrüse hat dort einen Kropf. Der Danziger Arzt hat den Eindruck, daß die Vergrößerung der Schilddrüse besonders nach dem Kriege erheblich zugenommen hätte und macht hierfür die ungünstigeren Verhältnisse (schlechte Ernährung, beengte Wohnung, übergroße Klassen, mangelhafte Körperpflege) verantwortlich. Seiner Ansicht nach vermag der geschwächte Körper des Kindes die dargebotene Jodmenge nicht in der erforderlichen Weise der Nahrung zu entnehmen und daher rühre die Zunahme der Kropfbildung, Glücklicherweise pflegen aber die Vergrößerungen der Schilddrüsen in der Tiefenebene — im Gegensatz zu den endemischen Kropfen des Hochgebirges — nach Beendigung der Schulzeit allmählich von selbst zu verschwinden. Unterstützt wird diese Selbstheilung durch ausgiebige Körperbewegung im Freien, durch Sonnen- und Luftbäder, durch Aufenthalt an der See usw. Bei hohen Graden von Kropfbildung wird man allerdings mit diesen Maßnahmen nicht ausreichen und wird dann doch versuchen, mittels kleiner Jodgaben dem Jodhunger des Körpers beizukommen.

Die Kosten der Entdeckung Amerikas. In Palos (Spanien) wurden die Rechnungsbücher der Firma Pinzon gefunden, die die Entdeckungsgesellschaft des Kolumbus finanzierte und ihm die Schiffe zur Verfügung stellte. Demnach kostete die entscheidende Reise, die vom August 1492 bis zum März 1493 dauerte, 22.000 Reales, d. h. taum 35.000 Schweizer Franc. Kolumbus selbst bezog nicht mehr als 1600 Reales Jahresentlohnung.

